

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1896

295 (16.12.1896) I. Blatt

Ausgabe:
Wöchentlich groß mal.
Abonnementpreis:
Vierteljährlich:
in Karlsruhe durch den Verleger
für bezogen: 2 Mark 50 Pf.,
in das Haus gebracht: 2
Mark 80 Pf., durch die Post
ohne Zustellgebühr 2 Mark
50 Pf. Vorausbezahlung.

Badische Landeszeitung.

Redaktion und Expedition: Dirschstraße 2.

Telephonanruf Nr. 401.

Anzeigengebühr:
Die 1spaltige Kolonelleiste
oder deren Raum 20 Pf.,
im Restamentheile 60 Pf.
Bemerkungen:
Unbenützte Stellen
werden nicht anbe-
mahnt und können nachträglich
sonstige Anzeigen
Berücksichtigung finden.

Nr. 295. I. Blatt.

Karlsruhe, Mittwoch, den 16. Dezember

1896

Eine Mahnung von jenseits des Grabes.

Am 29. und 30. März 1860, das sind jetzt mehr als 36 Jahre, verhandelte die zweite badische Kammer über die Konvention, welche Abgeordnete der Großh. Regierung in Rom mit der päpstlichen Kurie abgeschlossen hatten, und die so tief in das religiöse und soziale Leben des bad. Volkes einschneidende Zugeständnisse enthielt, daß darüber die größte Unruhe im Lande entstand. Die Verhandlungen der Kammer brachten wahrhaft bedeutende Leistungen von Rednern für und gegen die Aufhebung der „Konvention“ und endigten mit der Annahme des Mehrheitsantrages der Kommission, wodurch der Großherzog gebeten wurde, die Konvention nicht in Wirksamkeit treten zu lassen.

Einer der glänzendsten Redner war der Abg. Lamey, damals Professor in Freiburg. Noch heute ist es ein Genuß, seine von echter liberaler Gesinnung durchwehten, von mannhaftem deutschem Charakter getragenen Worte zu lesen. Einige Stellen der Rede sind es wert, gerade jetzt wieder aufgeführt zu werden. Lamey sagte u. a.:

„Wir wissen Alle, daß wir in einem langen religiösen Frieden gelebt haben; . . . wir haben diesen Frieden bewahrt, bis in den 1830er Jahren die Wirren angingen, zunächst in dem Streite der preuß. Regierung mit dem Erzbischof zu Köln. Wer es damals für möglich gehalten hätte, daß diese Wirren auch in unser Land hereingetragen werden, würde kaum für einen politischen Heilsheiler gegolten haben, und doch haben wir in der prinzipiellen Verfolgung des Ziels der kath. Kirchengewalt, sich den Regierungen gegenüber so unverän zu machen, nach 10 Jahren ganz dasselbe in unserm eigenen Lande erlebt, und zwar zunächst in der bescheidenen Form einer Kontroverse über die Einsegnung der gemischten Ehen. . . . Durch die Frankfurter Grundrechte 1849 erlangte die Kirche eine sehr günstige Stellung, mit der sie mutig auch bei uns in den Kampf gegen die Regierung ging.“

Redner schilderte die einzelnen Stufen des badischen Kirchenstreites und fuhr dann fort:

„Wir haben gesehen, daß die Bevölkerung im allgemeinen auf Seiten der Regierung stand, und wenn es auch die Bevölkerung nicht war, deren Stimme man beachten wollte, so war es doch gewiß dieses Haus, das in allen seinen Mitgliedern einmütig und in wiederholten Demonstrationen bewiesen hat, wie es für die Regierung in diesem Kampfe einstehe. Die Regierung hat dieses Einstehen der Zweiten Kammer nicht weiter bestritten. Sie hat im Gegenteil in den Fällen, in denen die Zweite Kammer ein gewisses Drängen nach einer größern Entschiedenheit kund gab, die diesfälligen Stimmen zurückgewiesen. Als von Seiten unserer Regierung Gesandte nach Rom kamen, war es schon wahrscheinlich, daß die Regierung aus diesem Kampfe nicht als Sieger hervorgehen werde. (Diese Worte sprach Lamey mit besonderer Betonung.) Ja, als wir das württembergische Konkordat zu lesen erhielten, da war es schon sehr wahrscheinlich, daß sie als vollkommen unterliegend aus dem Kampfe hervorgehen werde. Eigentümlich ist aber, daß man dem Volke, das man im Jahr 1853 in den Kampf hineinzog, daß man diesem Hause, dessen man in Hinsicht auf die Stellung des Staats gegen die Kirche gewiß war, jetzt zumutet, es solle heute mit lauter Stimme seine Niederlage verkünden.“

So sprach Lamey, und er hatte gewiß Recht mit dem Sage, daß der Staat schon halb verloren hat, wenn er durch Gesandte in Rom zu verhandeln anfängt — das „Verhandeln“ versteht die Kurie besser, als die Geriebten unter unsern Diplomaten.

Unser Großherzog Friedrich hörte auf die Stimme der Volksvertreter, gab dem Ministerium Meynsburg-Steingel den Abschied, setzte das Ministerium Sabel-Lamey ein und erließ seine unvergessliche Osterproklamation vom 7. April 1860.

Lamey wurde mit dem Titel Geheimer Rat Präsident des Ministeriums des Innern. Er war bald der Liebling des bad. Volkes, welches ihn den „Bürgerminister“ nannte. Sein größtes Werk war die Regelung der kirchlichen Verhältnisse auf dem Wege der souveränen Gesetzgebung des Staates. Bei der Beratung des Entwurfes über die Bestrafung von Amtsmissbräuchen der Geistlichen am 31. Juli 1860 sprach Geh. Rat Lamey folgendes:

„Hochgeehrte Herren! Es ist allerdings richtig, daß Staat und Kirche in Frieden leben sollen, und es ist das aufrichtigste Bestreben des Staates, in Frieden zu leben, in jenem Frieden, der dem Staat gesamt und der sich auf Gesetz und Recht gründet. Die Freundschaft fordert aber doch vor allem, daß der eine Freund den anderen nicht von vornherein sozusagen mit Oberkeulen traktiert. . . . Wir geben nach unserer Überzeugung der Kirche in vollem Maße ihre Rechte, . . . aber wir verlangen ein Gesetz, das uns die Mittel gewährt, denjenigen, der Mißbrauch treibt, zu bestrafen.“

Meint man nicht, der Schöpfer der badischen Kirchengesetze habe die Zustände geahnt und denselben vorbeugen wollen, in denen wir uns jetzt befinden, wo der Klerus ungestraft sein Amt zur politischen Wählererei mißbraucht, wo der Staat mit Prüzeln bearbeitet wird und trotzdem fortfährt, um die „Freundschaft“ der Kurie zu buhlen und nach „Frieden“ zu seufzen? Lamey hätte für solche Freundschaft und für solchen Frieden kein Verständnis gehabt. Er wußte seine Gegner zu lassen und das badische Volk stand im Kampfe treu auf seiner Seite! Das war eine Glanzzeit Badens.

Höre, badisches Volk, wie Dein hochverehrter, seitdem in die ewige Heimat eingegangener Bürgerminister dachte und sprach. **Beherrze die Mahnung, die er Dir von jenseits des Grabes zuruft!**

Deutscher Reichstag.

(Schluß.)

Abg. Wassermann (nat-lib.): Meine politischen Freunde stehen bezüglich der Berufung auf dem Standpunkte, den der Abg. Marquardsen bei der zweiten Sitzung vertreten hat. In Bezug auf die Details sind meine Freunde in 3 Punkten gespalten. Es sind dies: Die Berufung der Strafkammern mit 5 oder 3 Richtern, der Ausschluß der Assessoren von der Mitgliedschaft in den Strafkammern, und die Frage, ob die Berufung an die Landesgerichte oder an die Oberlandesgerichte stattfindet. Ich bin nun der Meinung, daß bei Einführung der Berufung die Garantien für den Angeklagten nicht eingeschränkt werden dürfen. Zu diesen Garantien gehört für mich auch die Beibehaltung des fünfjährigen Kollegiums in den Strafkammern. Was die Kosten betrifft, so schreie ich vor einer Vermehrung um 1/2 Million nicht zurück. Bezüglich der Assessoren als Beisitzer werden Sie es begreiflich finden, daß ich als Süddeutscher mich dagegen ausspreche. Das Mindeste, was zu verlangen wäre, ist, daß zu regelmäßigen Stellvertretern niemals Assessoren genommen werden dürfen. Was die Schwurgerichte angeht, bin ich der Überzeugung, daß verschiedene Veränderungen ihrer Zuständigkeit entzogen werden könnten. Dazu gehört vor allem das Verbrechen des Meineides. Der Grund für mein Verhalten liegt darin, daß der Stoff in den meisten Fällen zu schwierig ist. Die Umstände entpringen eben auch viele Freisprüche. Was endlich die Wiederaufnahme des Verfahrens betrifft, kann ich unter keinen Umständen in eine Einschränkung desselben willigen. Die verbündeten Regierungen werden schließlich doch die Entschädigung unschuldig Verurteilter gemäßen müssen.

Abg. Lehmann (fr. W.): Ich sende voraus, daß ich nur für meine Person spreche. Im Vordergrunde stehen die drei Fragen: Wie gestaltet sich die erste Instanz, wie das Aufnahmeverfahren, wie die Entschädigung unschuldig Verurteilter? Ich stehe nicht an, zu sagen, daß wenn in diesen Fragen eine Einigung erreicht werden kann, ich die Zuständigkeit der Schwurgerichte für Freisprüche und die Abschaffung des Zeugniszwanges preisgebe. Was die Berufung betrifft, so bin ich schon seit 15 Jahren der Meinung, daß diese an die Oberlandesgerichte verwiesen werden muß. Suchen wir doch nach einer Verändingung. Die Hauptfrage ist die, ob die erste Instanz ein fünf- oder dreirichterliches Kollegium sein soll. Ich frage nun die verbündeten Regierungen, bieten die fünf Richter eine größere Garantie? Bejahen sie dies, dann will ich verspricht, die Verschlechterung zu verhindern. Meinen sie aber das Gegenteil, dann behalte ich bei ihrer starken Zurückweisung einer Einigung nur den schlechteren Zustand. Wenn aber gar die Mehrheit in's Geheiß tritt, so ist das ein Grund, der einem die Schamrote in's Gesicht treiben muß.

Abg. Stadthagen (Soz.) spricht für die sozialdemokratischen Anträge, kritisiert die politische Polizei und sagt: Wir haben ein System von Spitzeln, die sich nicht scheuen, vor Gericht einen Meineid zu schwören. Die jüngsten Erfahrungen müssen doch gezeigt haben, wie solche Leute mit den Garantien des § 53 (Ausnahmegericht) umgehen. Jetzt wollen Sie die Schwurgerichte von dem Verbrechen des Meineides entlasten. Solche Leute, wie sie jüngst vor Gericht sich gezeigt haben, werden von Schwurgerichten herabgestuft durch Richter. So sicher bin ich jedoch bezüglich ihrer Beurteilung durch Richter. So lange nicht die Verurteilung, die politische Polizei aus der Justizpflege herausgerückt wird, so lange ist eine gebotene Nachsicht nicht möglich. Jetzt wird die Justiz noch angemeldet zur Gerücherräumung der nachfolgenden Rechte der Arbeiter. So lange die verbündeten Regierungen noch Camoflage-Gänge zu dem Schlosse des Herrn v. Stumm machen, wird es nie besser. (Große Heiterkeit.)

Abg. v. Bötticher (Soz.) wünscht eine Besserung des Dolmetscherehwesens, da die Ursache zur Verurteilung wegen Meineides sehr häufig daran liegt, daß die Angeklagten den Dolmetscher einfach gar nicht verstanden.

Justizminister Schönleber konstatiert gegenüber einer Bemerkung des Abgeordneten, daß die deutsche Sprache vor Gericht die gesetzmäßige sei, daß andererseits die Leute oft vor Gericht die Kenntnis der deutschen Sprache verweigern. Dagegen werde mit gesetzmäßigen Mitteln eingeschritten.

Morgen 1 Uhr Weiterberatung. Schluß 5 1/2 Uhr.

Deutsches Reich.

* Berlin, 14. Dez. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ vernimmt: Staatssekretär v. Marschall sei genötigt, seit drei Tagen das Bett zu hüten. Sein Befinden giebt jedoch zu keinerlei Bedenken Anlaß. Erleidet er keine Besserung eingetreten.

* Berlin, 14. Dez. Der Seniorenkongress des Reichstags beschloß, der Reichstag solle spätestens bis zum 18. Dez. tagen und die Weihnachtstferien bis zum 12. Jan. dauern. Vor den Ferien sollen nur noch Wahlfeststellungen sowie die Zwangsversteigerung in Elsaß-Lothringen beraten werden.

* Berlin, 14. Dez. Nach den neuesten Nachrichten tritt Oberst Liebert am 30. Dezember von Neapel die Reise nach Ostafrika an. Liebert reist von Berlin am 20. Dezember ab und begiebt sich zunächst nach München.

* Berlin, 14. Dez. Gegen das Urteil im Prozeß Eckert-Lühnow ist der „Freisinnigen Zeitung“ zufolge von einer Seite Revision eingelegt worden.

* Berlin, 14. Dez. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ ist türkischerseits autorisiert, die Nachricht von der Flucht des Exultans Murad formell zu dementieren. Murad lebe wie bisher in dem Palast von Nischtaghan am Bosporus. Sein Geisteszustand würde außerdem die Flucht unmöglich machen. (Die Nachricht von der Flucht Murads war durch irgend ein Berliner Blatt verbreitet worden, ohne daß wir der Mühe wert gefunden hätten, Notiz davon zu nehmen. Die Red.)

* Hamburg, 14. Dez. Der Senat bringt zur öffentlichen Kenntnis, daß mit dem 15. d. M. der demnächst in Betrieb zu nehmende See-Schiffshafen in Cuxhaven durch eine vom Bundesrat genehmigte Abänderung der Zollgrenze vom Zollgebiete ausgeschlossen und mit einem den Hafen umgebenden Landstreifen zum Freihafen erklärt wird.

* Leipzig, 13. Dez. In der gestern Abend abgehaltenen von etwa 1500 Personen besuchten ersten Versammlung der deutschen Kolonialgesellschaft Abteilung Leipzig begrüßte zunächst der Vorsitzende die Erschienenen und forderte zur Mitarbeit an der neuen Abteilung Leipzig auf. Der Präsident der deutschen Kolonialgesellschaft, Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg-Schwerin, hielt alsdann eine Ansprache, in der er auf die Bedeutung Leipzigs als Handelszentrum, Universitätsstadt und Sitz des obersten Gerichtshofes für das Gedeihen der neuen Abteilung hinwies. Lieutenant Schloifer berichtete in einem längeren Vortrage über seine Reise nach dem Victoria-Nyanza und über die Dampferfrage. Zum Schluß sprachen Major v. Wischmann und der neue Gouverneur von Deutsch-Ostafrika Oberst Liebert. Der letztere führte nach einer lebhaften Fürsprache v. Wischmanns für den geplanten Tanganjika-Dampfer aus: „Die Worte meines lieben Freundes Wischmann unterstreibe ich allezeit, denn er ist der Africanus major, auf den alle Deutschen mit Vertrauen blicken. Ich bedauere, daß er gesundheitshalber nicht wieder hinaus kann, aber ich werde den Jaden da aufnehmen, wo er ihn fallen läßt und werde mich rechtlich bemühen, auszuführen, was er angefangen und

angeregt hat. Wischmann war nie Utopist, sondern eine durch und durch praktische Natur. Wenn er eine Sache anregt, so ist sicher etwas daran, ja dann ist sie gewiß von höchster Wichtigkeit. Mich selbst bitte ich dringend, vorläufig als ein unbeschriebenes Blatt anzusehen; lassen Sie mich ganz still hinaussehen und nehmen Sie vorlieb, wenn Sie in nächster Zeit möglichst wenig von meinen neuen Reiche hören. Je weniger man von einer Frau spricht, um so besser ist sie, das gilt auch von unseren Kolonien. Ich will arbeiten und geräuschlos etwas zu leisten suchen, nicht Kriegsgeschrei entfesseln oder in Sensation machen, und zufrieden sein, wenn nach einigen Jahren meiner mit einiger Anerkennung gedacht wird. Unser Letztas ist jetzt, die Kolonien wissenschaftlich und wirtschaftlich zu erschließen. Dazu aber muß das Mutterland in erster Linie mithelfen, denn wir brauchen mehr als je deutsche Forscher, Geologen, Botaniker, Techniker, Maschineningenieure etc. und für die ideale Seite Bekehrer und Missionare. Das „größere deutsche Reich“ ist es, worauf wir mit unserem Kaiser das Auge gerichtet haben. Unsere jetzigen Kolonien sind vorerst nur Versuchsobjekte, an denen wir lernen sollen, aber es werden uns noch andere Gebiete zufallen und in sie wollen wir einmal einziehen als gepflanzte Kolonialisten! In begeisterter Weise nahm v. Wischmann Abschied von seinen „Farbigen“. Neben der materiellen Ausnutzung der Kolonien, auf die man gegenwärtig einseitig das Gewicht lege, vergesse man, so mahnte er eindringlich, nicht, daß es noch etwas Höheres draußen giebt, als Kaffee und Tabak, als Kohle und Gold: Das ist der Mensch. Der Neger ist widerstandsfähig, biegsam und leitbar, und darum brauchen wir nicht an seinen Mängeln zu verzweifeln, ja ich habe in meiner langjährigen afrikanischen Thätigkeit Eigenschaften bei ihm gefunden — bei einzelnen Stämmen ein sonst nur selten beobachtetes Entgegenkommen, eine goldene Treue und Hingebung —, die mir diese Rasse lieb gemacht haben. Obwohl ich den Aufwand blutig miderstehen mußte, schied ich doch von ihnen als von Freunden, denn sie verstanden bald notwendige Strenge von unnötiger Härte zu unterscheiden, und als ich wieder kam, nahmen sie mich mit Jubel auf. So lege ich sie meinem Nachfolger mit voller Fürsprache in seine väterlichen Arme. Möchte er sie als Kinder ansehen, aus denen in Liebe viel zu machen ist. Daß er sie gut und freundlich behandeln würde, dafür bürgt mir schon eines. Wo er in Europa Unterzogene gehabt hat, da war er ihnen ein geliebter Vorgesetzter, und sein ganzes Negern sieht ihn nur mit Behmut scheiden. Sein Herz wird auch für meine Farbigen schlagen und stets für sie offen sein. Darum: Dreimal Heil dem neuen Gouverneur!

Ausland.

Italien.

* Rom, 12. Dez. Die „Stalio“ stellt noch einmal ganz entschieden das Vorhandensein eines italienisch-russischen Vertrages in Abrede. Das Blatt fügt hinzu, wobei Rudini noch irgend ein anderer italienischer Minister habe einen solchen Vertrag unterzeichnet.

Frankreich.

* Paris, 13. Dez. Im Volkshaufe auf dem Montmartre fand gestern Abend eine von etwa 1500 Sozialisten besuchte Versammlung statt, in der gegen die grausame Behandlung der spanischen Revolutionäre in den Gefängnissen Protest erhoben wurde. Unter anderem ergingen sich auch die sozialistischen Abgeordneten Roche und Sembat in den nachfolgenden Angriffen auf die spanische Regierung und sprachen außerdem dem Ministerium Méline ihre Verachtung aus, weil es diese „Greuelthaten“ stillschweigend ansehe. — Vor kurzem sagte in Nizza ein Staatsanwalt bei einem gegen einen Italiener verhandelten Mordprozeß: „Er hat feige, von rückwärts gestoßen nach italienischer Art.“ Auf eine Beschwerde des italienischen Botschafters hat jetzt der Justizminister Darlan dem Staatsanwalt einen Verweis erteilt. — In Kammerkreisen verlautet, daß die Regierung den Posten eines Gouverneurs von Indochina dem früheren radikalen Finanzminister und Deputierten Doumer angeboten habe. Dieser werde aber wahrscheinlich ablehnen. Als weitere Kandidaten für den Posten werden noch genannt der Präfekt des Rhondepartements, Rivaud, und der Senator Constant. — Rochefort, Cassagnac und Drumont greifen jetzt den Präsidenten wieder heftig in ihren Blättern an, weil der Inspektor eines Staatsforstes, in dem Faune zu jagen pflegt, lebende Fasanen verkauft und den Käufer angewiesen habe, den Preis bei dem Bankier des Präsidenten einzuzahlen. — Die Bewohner der 20 Kilometer von der Küste entfernten Insel Sein, Dep. Finistère, sind infolge andauernden Unwetters von einer Hungersnot bedroht, da die Verproviantierung mit den größten Schwierigkeiten verknüpft ist. Die Insel zählt 842 Einwohner, deren Erwerb ausschließlich auf der Fischelei beruht.

Polen.

* Paris, 14. Dez. Auf Anregung einer Anzahl Deputierter soll dem „Temps“ zufolge hier im März nächsten Jahres eine internationale Konferenz zusammengetreten, um über die Frage der Aufhebung des gegenwärtigen Zuckerprämiensystems zu beraten.

Rußland.

* Petersburg, 14. Dez. Unter der russischen Studentenschaft herrscht gegenwärtig große Erregung. Dieselbe geht von Moskau aus. In Rußland ist es üblich, das Andenken der Toten in bestimmten Fristen zu ehren, und zwar insbesondere am neunten und vierzigsten Tage, am Halbjahrs- und Jahrestage ihres Ablebens. Diese Sitte wird nicht nur in den unteren, sondern auch in den höheren und höchsten Gesellschaftsklassen gehalten und hat zahlreiche religiöse Ceremonien und Bräuge herbeigeführt. So wanderte am 30. Nov. das Volk in hellen Haufen nach dem Baganka-Friedhofe zu den Waffengräbern der Opfer der Katastrophe auf dem Chodimskafelde, und die Geistlichkeit wurde aus dem Kreise der Bürgerchaft der Friedhofstischen eingeladen, eine religiöse Gedenkfeier (Panachida) unter freiem Himmel bei den Gräbern der Verunglückten abzuhalten. Die Geistlichen weigerten sich aber, diese Gebete zu verrichten, ob aus eigenem Ermessen, ob auf Wunsch der höheren Moskauer Behörden, ist nicht bekannt. Wohl infolge dessen pilgerten in besonders großer Zahl auch die Studenten, die sonst wenig Sinn für kirchliche Ceremonien an den Tag legen, in großer Zahl zu den Gräbern der Verunglückten. Die Behörden schienen nun erst recht zu fürchten, daß die Panachida als eine politische Demonstration ausgelegt werden könne, und suchten dieselbe möglichst zu verhindern. Es kam zu Verhaftungen und infolge dessen zu einer großen Erregung unter der Studentenschaft, die sich jetzt auch nach Petersburg verpflanzt hat. Man meldebt der „König. Ztg.“ unterm heutigen von hier: Die Erregung in den Kreisen der Moskauer Studenten hat sich auch der hiesigen Unversität mitgeteilt. Der Verlauf einer gestern eintreffenden

Studentenversammlung war sehr erregt. Die Studenten wollten untereinander beraten, wie sie am besten ihre Bitte, die verhafteten Moskauer Kommilitonen nicht zu bestrafen, an den Zaren gelangen lassen könnten. Der Rektor Nikitin erschien mit dem Inspektor unter den versammelten Studenten und machte sie auf das Unerlaubte ihrer Absicht aufmerksam. Er wurde jedoch überschrien und schrieb sich die Hauptschreiber auf. Die Studenten verlangten sofort die Namen der Aufnotierten zu wissen. Nikitin zog sich zurück. Ebenso lärmend wurde der Kurator Kapustin empfangen. Er fragte, was eigentlich das Verlangen der Versammlung sei. Die Antwort lautete: vollständige Straffreiheit für die Kommilitonen in Moskau, Aufhebung des unwürdigen v. Tolstoj'schen Universitätsstatuts und Wiedereinführung des Statuts von 1863. Kapustin redete den Zuhörern zu, aber es half nicht viel. Rektor und Kurator belamen sehr böse Sachen zu hören. Die Behauptung, daß die Studenten sie häufig angegriffen hätten, wird von anderer Seite entschieden bestritten. — Von Kiew läuft die Nachricht ein, auch die dortigen Studenten wären sehr erregt.

Balkanhalbinsel.

Konstantinopel, 12. Dez. Meldung des Wiener telegr. Korrespondenzbüros. Zu der gestrigen 1/2stündigen Audienz des österreichisch-ungarischen Botschafters Freiherrn v. Calice beim Sultan wies der Sultan auf die bereits durchgeführten und noch in der Durchführung begriffenen Reformen in Kleinasien hin, mit welchen dem Berliner Vertrage Genüge geleistet werde und die die Armenier befriedigen müßten. Der Sultan meinte, dies sollte den Armeniern auch von anderer Seite bedeutet werden. Die Einführung der Reformen würde über das ganze Reich ausgebreitet werden. Sodann fragte der Sultan den Botschafter über seine Meinung von den geplanten allgemeinen Amnestie, hob jene Bedenken an, welche die fortwährende Propaganda der nach Bulgarien ausgewanderten Armenier hervor und machte die Rücksichtnahme auf die Mehrheit seiner Unterthanen geltend, welche die Urheber der armenischen revolutionären Umtriebe bestraft sehen wollen, indem sie darin eine Gefahr für die Eindämmung der Bewegung erblickten. Der Botschafter sprach sich für den Erlaß einer Amnestie aus, welche das beste Mittel sei, um die bedauerlichen Ereignisse vom August d. J. teilweise wieder gutzumachen, die Angehörigen nur wenig schuldiger oder ganz unschuldiger Gefangener von dem Anschluß an die Bewegung zurückzuhalten, das allgemeine Vertrauen wiederherzustellen und die ausgewanderten zur Rückkehr zu bewegen. Wenn dann die Bewegung trotzdem fortwähre, habe die Pforte die öffentliche Meinung Europas für sich. Der Sultan würdigte die Ausführungen des Botschafters und versprach, einen Ministerrat einzuberufen und den Botschaftern heute Mitteilung von dem Ergebnis der Beratungen zu machen. Zum Schluß versicherte der Sultan dem Botschafter zu der österreichisch-ungarischen Gesandtschaft und des Vertrauens zu der österreichisch-ungarischen Politik, sowie zu den erprobten Ratschlägen des Botschafters, und versprach die baldige Regelung aller Angelegenheiten, welche mit den Orientbahnen, dem Hafenbau in Hedragasien und dem Bau eines zweiten Kotsalgeleises zusammenhängen.

Konstantinopel, 14. Dez. Der Sultan hat dem österreichisch-ungarischen Botschafter, Freiherrn v. Calice, mitgeteilt, er habe den Großvezier beauftragt, einen Antrag wegen einer allgemeinen Amnestie für die Armenier vorzulegen. Nach Mitteilung von türkischer Seite sind in den letzten Tagen zwei armenische, aus Bulgarien zugewanderte Frauen, welche revolutionäre Auftritte an die Armenier und Taten mit sich führten, verhaftet worden. Dieses ist der Grund für die am 11. d. M. gemeldete, an die Polizei und Gensdarmrie ergangene Vorschrift, welche strenge und den Verkehr beeinträchtigende Verfügungen enthält.

Baden und Nachbarländer.

Karlsruhe, 15. Dez. Mehr Charakter! An diese Schlusssätze der gestern abgedruckten Einsetzung „Aus Mittelbaden“ möchten wir anknüpfen, denn sie scheinen uns den Kernpunkt zu treffen, um den es sich bei dem zu erstrebenden Wiedererwerb unserer öffentlichen Lebens handelt. Die bisherige Zeit des Konfessions- und Diplomatisierens, mit deutschen Worten der Gleichgültigkeit und der Verjüngung hat nicht dazu beitragen können, den politischen Charakter der Bevölkerung zu stärken. Die immer zunehmende ultramontane Annäherung hat nur aber den unwiderleglichen Beweis geliefert, daß mittelst schwächlicher Feindschaften nichts zu erreichen ist. Einen „Freiden“ um jeden Preis“ mit der Kurie giebt es nicht, weder mit der Freiburger, noch mit der Römischen Kurie. Was bleibt da anders übrig, als sich zu energischer Haltung aufzurufen und sich charaktervoll zur Wehre zu setzen? Die Partei, welche wir vertreten, nennt sich die „nationalliberale“, ihre beiden Beziehungen zur innerbadischen und zur gesamtdeutschen Politik markieren. Wenn es sich nur um ein bisschen mehr oder weniger Liberalismus handelte, so könnte man viel entgegenkommender gegen andere Parteien sein; der Liberalismus ist ja seiner Natur nach wohlwollend, duldsam, hochherzig gegen jedermann; er war es vielleicht oft zusehr gegen solche, die ihm mit Feindschaft vergalt. Es handelt sich aber jetzt um ein Höheres, um unsern nationalen Staat, auf dessen Unterwöhlung die Bestrebungen der Gegenparteien jetzt mehr als je gerichtet sind, und zwar mit solcher Leidenschaftlichkeit, daß nicht einmal mehr die Verantwörter der letzten Ziele für unerläßlich gehalten wird. Hier giebt es aber keine Zugeständnisse und kein Partieren. Ein Volk, das nicht für sein nationales Wesen einsteht, ist zum Untergang verurteilt; es hat keine Ursache, sich mit dem Glanze des Reichthums zu schmücken, wenn seine Bürger nicht die Kraft besitzen, diesen Gedanken unererschrocken und unbelämmert um etwaige persönliche Nachteile zu verteidigen. Dieses Erwachen ist es, was die gegnerischen Blätter im Augenblicke so außerordentlich aufregt und sie zu so gehässigen Angriffen auf die „Bad. Landeszeitung“ als die Urheberin der Weckung hinreißt. Uns freuen diese Angriffe trotz ihrer meist ungehaltenen Form, denn sie beweisen uns, daß wir auf dem rechten Wege sind; nichts könnte uns mehr schmerzen, als wenn wir den Beifall des „Bad. Beobachters“ und des „Bad. Landesboten“ verdienen würden. Wir werden auf unserm Wege nicht allein marschieren. Alle liberal und nationalgesinnten Männer von Charakter werden mit uns gehen. Nachher, wenn der ultramontane Ansturm zurückgewiesen ist, werden sich gewiß noch viele andere anschließen; man möge sich aber wohl seine Leute ansehen und die Säumnigen fragen: Wo warst denn du damals, als es galt, „Charakter“ zu zeigen?

Unterwittighausen, 12. Dez. Vor kurzer Zeit wurde hier ein großartiger räuberischer Einbruch verübt. Die Räuber hatten es auf das alleinstehende Wohnhaus der Handelsleute Jutta Böller, welche mehrere Tage ortsabwesend waren, abgesehen. Die Diebe entwanden Geld, Fleisch, Eier, Mehl, Zwetschgen. Das Schlimmste leisteten sie dadurch, daß sie alle Kleidungsstücke und Wäsche zerschnitten. Die Betten zerschritten sie und warfen sie ins Freie, daß die Federn ein Spiel des Windes wurden. Der Abort war mit zerschrittener Wäsche vollgestopft. Vorübergehende wurden durch die zersetzten Federn aufmerksam und machten Anzeige bei der Gensdarmrie, welche die schwer geschädigten Elemente telegraphisch nach Hause rief. Der gesamte Schaden beträgt über 800 M. Man vermutet in Verbindung mit dem Diebstahl einen Raubakt.

Heidelberg, 14. Dez. Letzten Samstag ist die prächtige, große, denkbar praktischste Turnhalle des Turnvereins mit einem Bankett eröffnet worden, zu dem auch Oberbürgermeister Dr. Wildens erschienen war. Dem ersten Vorstand Herrn J. Mai, der sich hauptsächlich um das Zustandekommen der Halle verdient gemacht, wurde ein Ehrenpokal überreicht. — In Stadttheater hat Eubermann's „Glocke im Winkel“ mit großem Erfolg seine Erstaufführung erlebt. Durch eine besonders hervorragende Leistung hat sich Herr Garnad als Ködnitz ausgezeichnet.

Hochstetten, 13. Dez. Gestern feierten die Eheleute August Grob, Schmied und Landwirt, das seltene Fest der goldenen Hochzeit im Kreise ihrer Familie. Von S. K. G. dem Großherzog erhielt das Jubelpaar ein Geschenk von 30 M., welches durch eine festliche Ansprache der Herren Pfarrerwaller Funk und Bürgermeister Herbst überreicht wurde.

Wörzheim, 15. Dez. In der gestrigen Bürgerauschussung wurden unter dem Vorsteher des Herrn Oberbürgermeisters Habermehl folgende Vorlagen erledigt: 1. Für Herstellung des oberen Teiles des Verbindungsweges der St. Georgenstraße und der Holzgartenstraße wurden 777.70 M. als Beitrag der Stadt genehmigt, die aus Anlehensmitteln zu entnehmen sind, während die auf die Anstößer entfallenden 3023.30 M. durch schwebende Schuld aus der städt. Sparkasse gedeckt werden bis zum Minderjah des Betrages durch die Beteiligten. 2. Für Geländeerwerb auf dem Wörz wurden 820 M. bewilligt. Für die Erweiterung des Gebäudes Leopoldstraße 18 waren 57 000 M. angefordert, welche einstimmig bewilligt wurden, ebenso fand die Vorlage betr. Einführung der Wasserleitung in die Wörzstraße mit einem Aufwand von 800 M. Zustimmung. Die angeforderten Nachtragskredite für den Schlachthof mit 3780 M., für das städt. Krankenhaus mit 1620 M., für das Electricitätswerk mit 3300 M. wurden bewilligt. Letzterer Aufwand hängt zum Teil mit der Steigerung des Konsums an Electricität zusammen, welche eine derartige ist, daß sich die Anlagen bereits als nicht mehr ausreichend erweisen. Für die Verfertigung und Verschönerung des Ostroihäusens am Bahnhof, welches sich bereits unter Dach befindet, aber die Gegend derart verunziert, daß allgemeines Kerngenis entstanden, waren zu dem bereits bewilligten 9300 M. weitere 2900 M. angefordert, welche nach längerer Diskussion bewilligt wurden. Zum Schluß nahm der Bürgerauschuss Stellung zu dem Entwurf des Bundesrats, die Verwerfung von Militäranwärtern im Gemeindedienst betr. Eine Eingabe von 70 Bürgerauschussmitgliedern an den Stadtrat, dahin lautend, es möchte an die Großh. Regierung die Bitte gerichtet werden, den Bundesvollständigen dahin zu instruieren, daß er mit aller Energie gegen den Wollzug genannten Entwurfs wirke, wurde von dem Stadtrat Kapfer begründet, nachdem der Vorstehende berichtet hatte, daß sich der Stadtrat bereits mit der Angelegenheit beschäftigt habe. Herr Kapfer verurteilte den Entwurf als einen schweren Eingriff in die Selbstverwaltungsbestimmungen der Gemeinden und befand sich, wie auch aus den Äußerungen anderer Redner hervorging, in lebhafter Stimmung mit dem ganzen Bürgerauschuss, welcher beschloß, eine Petition dahin lautend an die Großh. Regierung zu richten, den Entwurf rüchweg abzulehnen, sämtliche badischen Gemeinden und Städte von 2000 und mehr Einwohnern aufzufordern, sich dem Vorgehen der Stadt Wörzheim anzuschließen und eine gemischte Kommission zu bilden, welche den Anträgen eine sachgemäße Begründung beifüge.

Kastatt, 14. Dez. Der Verleger des „Kastatter Wochenblatts“, Herr C. Vogel, giebt bekannt, daß er sein Blatt an die Herren Giller u. Jundt verkauft hat. Die neuen Verleger übernehmen die Leitung Ende dieses Jahres. Das „Kast. Wochenbl.“ wird alsdann vom 31. Dezember ab täglich und mit dem „Kastatter Tageblatt“ verschmolzen unter letzterem Titel erscheinen.

Baden-Baden, 13. Dez. Ueber die Versammlung des nationalliberalen Vereins geht uns noch folgende Korrespondenz zu, die wir zur Ergänzung der gestrigen Mittheilung des „Bad. Tagbl.“ hier wiedergeben: Die Generalversammlung war im Gegensatz zu den letzten Jahren recht gut besucht. Dem Rechenschaftsbericht des Vorstandes, Herrn Stadtrat v. Böhmle, entnehmen wir, daß der Verein im abgelaufenen Jahre eine patriotische Feier zu Ehren des 81. Geburtstages des Fürsten v. Bismarck veranstaltet hat, deren Verlauf allseitig als eine wohlgegangene bezeichnet werden darf. Ferner hat der Vereinsauschuß bei den städt. Wahlen eine rege Thätigkeit entfaltet, die aber durch das Bündnis der vereinigten Gegner nicht zum gewünschten Ziele führte, da die lib. Partei in der 3. und 2. Wählerklasse unterlag, in letzterer nicht ohne Verzicht auf den eigenen Parteigenossen. Die Rechnung schließt, dank der Opferwilligkeit der Mitglieder, mit einem ansehnlichen Kassenvortrag ab. Bei der Neuwahl in den Ausschuss wurden viele der bewährten alten Kräfte wiedergewählt, aber auch einige neue Mitglieder gewonnen, von denen man mit Sicherheit erwarten darf, daß sie die Interessen des Vereins fördern werden. Auf die Unterstützung des Vorstandes, Wünsche zu äußern, machte Herr Postbuchdruckereibesitzer E. Köblin den Vorschlag, es möchten die Mitglieder des nationalliberalen Vereins zu regelmäßigen, wöchentlichen monatlichen Zusammenkünften sich vereinigen; der Vorschlag wurde allseitig begrüßt. Die Herren Holzgärtner Fießer, Heulehrer S. Schiele und der Vorstand, Stadtrat v. Böhmle, forderten die anwesenden Herren in eindringlichen Worten auf, zur Verbreitung der „Bad. Landeszeitung“ nach Kräften beizutragen. Besonders war es Herr v. Böhmle, welcher der gegenwärtigen Haltung und Leitung der „Bad. Landeszeitung“ uneingeschränktes Lob spendete, die zu den bestförderten liberalen Blättern gehöre, und der es mit zu danken sei, wenn die nationalliberale Partei ihren früheren Einfluß wieder gewinne. Zum Schluß wartet ein anderer Redner vor der sogenannten farblosen Presse, vor jenen Presseorganen, die weder hauen noch schießen. Wie der Partei heute mehr als je eine entscheidene, zielbewußte Haltung not thue, so verlangen die gegenwärtigen Verhältnisse eine entschiedene Presse, die mit Entschlossenheit vorgehe und dem Einzelnen wie der Partei sichere Direktiven an die Hand gebe. Je mehr man die Verdienste und Errungenschaften der nationalliberalen Partei zu verumteln oder ganz in Abrede zu stellen suche, desto lauter muß die Stimme erhoben werden. Die jetzige Generation habe vielfach vergessen, daß unser engeres Vaterland durch die Thätigkeit der liberalen Partei zu einem vielbewunderten Musterstaat emporgehoben sei, daß im Verein mit einer liberalen Regierung und einem weisen, einsichtsvollen Fürsten die liberale Partei eine Reihe von freiwilligen Gesetzen und Institutionen ins Leben gerufen habe, die jedem ein reiches Maß von Freiheit gewähren und Mittel an die Hand geben, glücklich und zufrieden zu werden, wenn nur ein ernstlicher Wille dazu vorhanden sei. Auch die sichtlich empordrückende Stadt Baden-Baden habe sich unter einem liberalen Regiment aus den denkbar schwierigsten Verhältnissen von Anfang der 70er Jahre an bis zum heutigen Tag einer erfreulichen, gesunden Weiterentwicklung zu rühmen, die die Fremden rühmlichlos anerkennen. Diese Thatfache sollen sich die Nationalliberalen nicht entziehen lassen, aber sie dürfen ebensowenig auf den erregenden Lorbeer ausruhen. Wer rasier, der rasier! Wenn unsere Gegner rühmlich sein, müßten die von allen Seiten angefeindeten liberalen Elemente mit nie ermüdendem Fleiß, mit gesammelten Kräften, für das geistige und materielle Wohl ihrer Mitbürger einstecken, nicht erst kurz vor den Wahlen mit der Wählerkäufel Fühlung nehmen, der wir dann als Fremdlinge erscheinen. Die gemeinschaftlichen Interessen verlangen vielmehr, daß wir von allen Wählern eingehend unterrichtet werden. Das Erreichbare müsse erstrebt, das Unmögliche belebend abgewiesen werden. Da es nun einmal zum ewigen Bestand unserer Gegner gehöre, die liberalen Regierungen und die liberalen Minderheiten bei allem redlichen Streben in den Augen der Menge herunterzusetzen, so erwache der nat.-lib. Partei auch fernerehin die

Aufgabe, diesen Verdächtigungen mit aller Energie entgegen zu treten. Tief einschneidende Fragen des Gemeinlebens bedürfen einer eingehenden und sorgfältigen Prüfung. Sie einer öffentlichen Besprechung zu unterziehen, bei welcher der Gegner auch zum Wort kommen kann, wird für die liberale Partei ein fruchtbares Feld sein, den großen Kreis der Bevölkerung für ihre Ideen zu interessieren, das Vertrauen derselben zu gewinnen oder zu befestigen. In der gegenwärtigen Zeit, wo der nationale Einheitsgedanke durch eine trostlose Parteipresse in den Hintergrund gedrängt wird, und Sonderinteressen sich in bejournirter Weise geltend machen, hat die nat.-lib. Partei die heilige Pflicht, die bedrohten Güter mit väterlicher Liebe und Treue zu schützen. Opfern wir daher alle kleinlichen und persönlichen Liebhabereien, die so leicht trennend zwischen redlich strebende Glieder unseres Bundes trennen, dem einen großen Ziele der Erhaltung eines freiheitsliebenden Bürgertums.

Offenburg, 14. Dez. Der Verein badischer Steuerkommissäre hielt gestern unter dem Vorsteher des Herrn Ober-Steuerkommissär Lambinus-Baden-Baden seine Jahresversammlung hier ab. Der Hauptgegenstand der Tagesordnung betraf Statutenänderungen. — Auf Veranlassung des landwirtschaftlichen Vereins und unter Leitung des Vorstehenden, Herrn Geh. Regierungsrat Müller, fand gestern eine Vereinsversammlung statt behufs Gründung einer Zuchtvereinsgesellschaft. Die Gründung wurde beschlossen und der vorgelegte Satzungsentwurf mit einigen Abänderungen genehmigt. Eine Anzahl Gemeinden erklärten sofort ihren Beitritt zur Genossenschaft, welcher sich auch der landwirtschaftliche Bezirksverein Engenbach anschließen wird. Der Schritt ist im Interesse unserer Landwirte mit Freuden zu begrüßen, und nur zu hoffen, daß möglichst viele Gemeinden der Vereinigung beitreten.

Wohlfen, 11. Dez. Gestern wurde ein hiesiger Einwohner verhaftet und von der Gensdarmrie nach Bruch in's Gefängnis gebracht, weil er das Verbrechen der Doppelhehe begangen hat. Erstmals verheiratete er sich im Jahre 1877 in Mühlhausen i. G., verließ aber kurz nach seiner Verheiratung seine Frau. Im Jahre 1881 ließ er sich hier nieder und verheiratete sich abermals. Aus dieser Ehe sind einige Kinder am Leben. Mit seiner zweiten Frau lebte der Verhaftete, welcher schweizerischer Staatsangehöriger ist, gut und zufrieden. Sie hatte bis zur Verhaftung ihres Mannes keine Ahnung von dem Geheimnis, daß ihre Ehe nichtig macht. (M. Tagbl.)

Freiburg, 13. Dez. In der Plenarversammlung der Universität ist am Samstagabend der Professor in der juristischen Fakultät, Herr Dr. Heur. Rosin, zum Prorektor für das Studienjahr 1897/98 gewählt worden. — An Stelle des Geh. Rat Kries, der vor kurzem in den Ruhestand getreten ist, wurde Herr Prof. Max Weber hier nach Heidelberg für das Verfach der Nationalökonomie berufen. Man glaubt, daß er den Ruf annehmen wird.

Abonnement
auf die **2mal täglich** erscheinende
Bad. Landeszeitung **2 M. 50 Pf.**
mit **täglichem** Unterhaltungsblatt
für das
erste Quartal 1897.

Aus der Residenz.

Karlsruhe, 15. Dez.
— **Hofbericht.** Der Großherzog empfing Sonntag Mittag den General der Infanterie von Kestler, welcher auf einer Besichtigungsreise begriffen ist. — Die Kronprinzessin von Schweden, welche von der Baronin Alfrödiner und dem Kammerherrn Baron Rosen begleitet ist, wird bis über Weihnachten bei ihren Eltern verweilen.

— **Musikgesellschaft.** Samstag Abend hielt Herr Prof. Dr. Schulz einen Vortrag über das Thema „Charakter und Gemütsbildung als das Hauptziel aller Erziehung“. Die hohe Stufe der Entwicklung und die nachvollziehbare Größe des Vaterlandes, so fähige der Redner aus, verdanken wir der Individualität und der Festigkeit des sittlichen Charakters unserer Väter, und nur diejenigen Eigenschaften, die ein Volk groß gemacht haben, erhalten es auch groß. Heute sind wir in Gefahr, innerlich leiser zu werden, das Specialisimum mit seinen Kleinlichkeiten verdrängt die Einheitlichkeit der Auffassung, größere, ideale Gesichtspunkte schwinden und wir verlieren an Individualität, an Charakter und Gemüt. Da ist es denn an der Zeit, auf die große Bedeutung der Gemüts- und Charakterbildung bei der Erziehung der Kinder hinzuweisen. Charakter ist der feste Wille, der unentwegt sein Ziel im Auge hat, und das Gemüt ist der Sonnenschein, der die nackten Felsen des Charakters befeuchtet. Strafen und Moralpredigten, auch richtige Beschäftigung und Unterricht allein können keinen Charakter bilden. Die Schule soll den systematischen Zusammenhang der sittlichen Grundzüge geben, und Charakter und Gemüt zeigt sich nur im Handeln, und charakter- und gemüthvolles Handeln kann nur praktisch entwickelt werden. Hierin liegt die Hauptaufgabe der häuslichen Erziehung. In eingehender Schilderung besprach der Vortragende hierauf alle wesentlichen Momente im Familienleben, die geeignet sind, eine günstige Entwicklung des Kindes im obigen Sinne zu fördern. Zum Schluß hob er die segensreiche Einwirkung der Kunst auf die Gemütsbildung hervor und empfahl allen Eltern, künstlerische Neigungen ihrer Kinder nach Möglichkeit zu unterstützen. Der sehr lehrreiche Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall von der zahlreichen Versammlung aufgenommen.

— **Der Militärverein Karlsruhe** bezieht am Samstag 19. Dez., abends 7/8 Uhr, im Reichshalletheater die Ruitzfeier. Bei derselben kommt das Volksstück „Nord und Süd“ oder „Gedemonte Herzen“ zur Aufführung und im Anschluß daran findet gefellige Unterhaltung statt.

— **Postkarten aus Holz.** Aus Straßburg geht uns eine Postkarte aus Holz zu, auf der es sich fast so leicht schreibt wie auf Papier. Diese Karten, aus Zeller'schen Holzplatten (gesetzlich geschützt) hergestellt, tragen den gerundeten Vermerk „Deutsche Reichspost“. Postkarte, mit dem Handmalerei versehen und zerbrechen im Transport nicht — wenn sich alle so gut halten wie die uns zugekommene. Die Sammler werden sich dieser Neuheit wohl rasch bemächtigen.

— **Fahrpreisermäßigung nach Florenz.** Aus Anlaß der vom Dezember dieses bis Mai künftigen Jahres in Florenz stattfindenden Ausstellung der schönen Künste und des Gartens werden von den italienischen Grenzstationen Chiasso und Luino besondere Nachfahrkarten nach Florenz ausgeben, welche eine Geltungsdauer von 20 Tagen haben, zu drei wöchentlichen Aufenthalten an Zwischenstationen berechtigen und auch einen zum Zutritt in das Festlokal berechtigenden Abschnitt enthalten. Damit die hierdurch gebotenen Erleichterungen voll verwertet werden können, hat die Großh. Eisenbahndirektion die Gültigkeitsdauer der Nachfahrkarten nach Chiasso und Luino auf 60 Tage verlängert, wenn darin die Entnahme einer der vorbezeichneten Nachfahrkarten

nach Florenz von der Fahrten-Ausgabe Stelle Chiaffo oder Luino beschleunigt worden ist.

Im Hoftheater treten heute Dienstag Abend die 3. engagierten Artikel zum letzten Male auf; nur der Komiker Otto Reuter wird auch noch während der nächsten 14 Tage bleiben und ein völlig neues Programm bieten.

54. Stiftungsfest der Lieberhalle.

Karlsruhe, 14. Dez. Zu dem Stiftungsfest, das die Lieberhalle am Samstag Abend im großen Saale der Festhalle veranstaltete, strömte eine gewaltige Zahl Zuhörer herbei, die den Saal bis auf den letzten Platz besetzt hielt.

Kunsthilfliche Nachrichten.

Der Großherzog hat den Bezirksrat Medizinalrat Alexander Schindl in Erlangen auf sein Ansuchen unter Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste in den Ruhestand und den Bezirksrat Medizinalrat Dr. S. Klinger in Erlangen in gleicher Eigenschaft nach Frankfurt versetzt.

Rechtspflege.

Leipzig, 14. Dez. Das Landgericht verurteilte unter Ausschluss der Öffentlichkeit den Schriftsteller Salomon und den Mediziner Edgar Steiger wegen in zwei Artikeln in der Zeitung erschienenen „Neuen Welt“ enthaltenen Gottessatirierungen zu 4 Monaten bzw. 4 Monaten 2 Wochen Gefängnis.

Verstorbene.

Kleine Mitteilungen. Berlin. Im Bormann der Geheimesanetische fand am Montag eine Gasexplosion statt, wobei der Förderer an den Händen erheblich verletzt wurde.

Handel und Verkehr.

Mannheim, 14. Dez. (Eisenbahn). In heutiger Börse waren im Verkehr: Eisenbahnaktien 167 Proz. bez. (— 3 Proz.), Mannh. Dampfeschiff. 121 Proz. bez. u. G. (— 1 Proz.), Pfälz. Bahndienst- u. Fahrplan-Aktien 135 Proz. bez. u. G. (+ 1 Proz.).

gestellt wird, was schon geschehen sei und noch geschehen wird. Unter Hinweis auf die den Reformen entgegenstehenden Schwierigkeiten wird deren allmähliche Durchführung versprochen.

Hamburg, 15. Dez. Die Eisenbahndirektion macht bekannt, daß die Anordnung bez. der Fristung der tarifmäßigen Lieferfrist für Güter nach Hamburg gestern wieder aufgehoben ist.

Hamburg, 15. Dez. Die „Frankf. Ztg.“ meldet von hier: Eine in der Nacht auf Sonntag am Peterseifai eingetretene Erdsenkung ist 25 m lang, 5 m breit und 6 m tief.

Offen a. R., 15. Dez. Die „Rh.-Wf. Ztg.“ meldet, die Zechenverwaltung hoffe, daß die Betriebsstörung auf Zechen „Genera“ in 2-3 Monaten aufgehoben werden sei.

Wien, 15. Dez. König Alexander von Serbien fährt heute Milan, von Paris hierher kommt, bis Linz entgegen und kehrt am Abend mit ihm hierher zurück.

Triest, 15. Dez. Die Typhusepidemie in Pola ist ziemlich bedeutend, bis zum 12. d. M. sind 457 Erkrankungen bei Civilpersonen und 39 bei der Garnison gemeldet worden.

Athen, 15. Dez. In Ausführung der Votschaft des Königs brachte Deljannis gestern in der Kammer Gesetzesentwürfe ein, die die nötigen Kredite für Errichtung eines besetzten Lagers im Frühjahr, Einberufung von zwei Reserveklassen für die Manöver und Ankauf von Pferden verlangen.

Der Hafenarbeiterstreik in Hamburg.

Hamburg, 14. Dez. Wie die „Hamburger Wörtenhalle“ meldet, veröffentlicht der Senat folgende Bekanntmachung: Die Hausgemeinschaften der im Auslande befindlichen Arbeiter sind in Folge des neuerdings immer zudringlicher gewordenen, gelegentlich sogar mit verletzlichen Drohungen verbundenen Auftretens der Sammler zu unliebsamen Belästigungen und Bedrückungen der Einwohner in Stadt und Land ausgeartet.

Hamburg, 14. Dez. Die Delegierten sämtlicher hiesiger Bürgervereine nahmen in einer heute abgehaltenen Sitzung mit 43 gegen 27 Stimmen einen Beschlusses an, wonach dieselben ihre Bedauern darüber aussprechen, daß der Ausfall an noch nicht beendet sei, jedoch die Einmischung oder Parteinahme für die Arbeitgeber oder Arbeitnehmer für unzulässig erklären.

Hamburg, 15. Dez. Gestern hat sich eine besonders große Zahl von Arbeitern zur Arbeit eingestellt, darunter auch viele Streikende, die sich truppenweise zur Verfügung stellen. Auf den Schiffen arbeiten nur etwa 400 Mann weniger als unter normalen Verhältnissen.

Die Dindener Patent-Sammler.

von Hirt & Cie Nachfolger, Spezialfeinwaarenhaus, Kaiserstraße 201, überlassen an Qualität und elegantem Aussehen alle anderen Fabrikate. Die besten sind in allen für Gobelins und Blousen geeigneten Farben.

Die Dindener Patent-Sammler, von Hirt & Cie Nachfolger, Spezialfeinwaarenhaus, Kaiserstraße 201, überlassen an Qualität und elegantem Aussehen alle anderen Fabrikate.

Neu-York, 14. Dez. 5 Uhr Nachm. Alchison Topela und Santa Fe Sch. 13 1/2, Canada Pacific Sch. 55, Central Pacific Sch. 15, Chicago Alin. u. St. Paul Sch. 73 1/2, Denver u. Rio Grande Br. 42, Louisville u. Nashville Sch. 48 1/2, New-York Lake Erie Sch. 14 1/2, New-York Central Sch. 95, Northern Pacific pref. Sch. 22, Silber 65 1/2.

New-York, 14. Dez. Weizen: Dezbr. 88 1/2, Jan. 88 1/2, Febr. 88 1/2, März 88 1/2, Juli 88 1/2, Sept. 88 1/2, Jan. 29 1/2, Febr. 29 1/2, März 29 1/2, Juli 29 1/2, Sept. 29 1/2.

Chicago, 14. Dez. Weizen: Dezbr. 78 1/2, März 78 1/2, Mai 82 1/2, Dezbr. 22 1/2, Jan. 23 1/2, Mai 26 1/2.

Drahtberichte.

Berlin, 15. Dez. Wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ meldet, ist von einem Wiedereintritt des Geh. Rats Jordan in den preussischen Staatsdienst dem Kultusministerium nichts bekannt.

Frankfurter Börsenkurse vom 14. Dezember 1896.

Table with multiple columns listing various securities, exchange rates, and market data. Includes sections for Staatspapiere, Industrie-Aktien, Aktien ausländ., and various bonds.

